

Ausgabe 64, 02. Februar 2009

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

Bunte Republik Deutschland

Knapp ein Fünftel der Einwohner Deutschlands hat einen Migrationshintergrund. Doch die Zugewanderten verteilen sich höchst ungleich über das Land

[weiterlesen](#)

Keine Angst vor Neuem

Forscher erklären Integration zum wichtigsten Motor kultureller und sozialer Entwicklung

[weiterlesen](#)

Aus unterschiedlichen Gründen nur in der Warteschleife

Migrantinnen sind in Deutschland bei der Bildung und auf dem deutschen Arbeitsmarkt besonders benachteiligt - trotz des Fachkräftemangels

[weiterlesen](#)

In eigener Sache

Online-Forum zur Integration

[weiterlesen](#)

In eigener Sache

Neue Artikel im Online-Handbuch Demografie

[weiterlesen](#)

Bunte Republik Deutschland

Knapp ein Fünftel der Einwohner Deutschlands hat einen Migrationshintergrund. Doch die Zugewanderten verteilen sich höchst ungleich über das Land

Gerade einmal vier Prozent aller fast 15 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund wohnen in den fünf neuen Bundesländern - allein auf die Hauptstadt Berlin entfällt mit fünf Prozent ein größerer Anteil. Fast 30 Prozent aller Migranten in Deutschland wohnen im einwohnerreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, das nur knapp zehn Prozent der deutschen Landesfläche ausmacht.

In allen Bundesländern außer in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg stellen Aussiedler den größten Anteil unter den Zugewanderten. Der Staat regelt die Niederlassung der

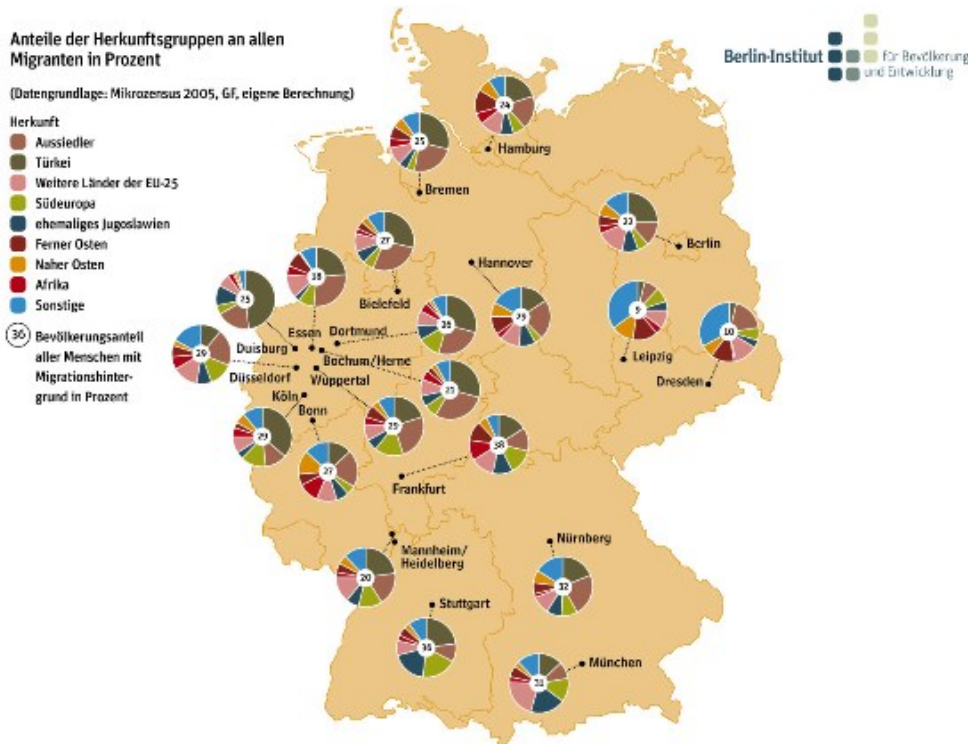
Deutschstämmigen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks so, dass diese sich in der Republik verteilen. Dagegen konzentrieren sich Menschen türkischer Abstammung in den Metropolen. In zehn der 20 größten Städte Deutschlands machen Personen türkischer Herkunft den größten Migrantenanteil aus. Es gibt keine westdeutsche Großstadt über 300.000 Einwohner, in denen Zuwanderer deutlich weniger als ein Fünftel der Bevölkerung stellen. Selbst in den ostdeutschen Großstädten Dresden und Leipzig, die bis 1990 kaum Zuwanderer kannten, erreicht der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund heute an die zehn Prozent.

In sechs der 20 größten Städte der Republik machen türkische Migranten und Aussiedler zusammen mehr als die Hälfte aller Zugewanderten aus. Am wenigsten divers ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Duisburg, sie besteht zu zwei Dritteln aus Türkischstämmigen und Aussiedlern. Der Anteil türkischstämmiger Migranten ist vor allem in nordrhein-westfälischen Städten hoch: In Duisburg haben 48, in Köln 37 Prozent aller Migranten türkische Wurzeln. Obwohl in Berlin lediglich ein Viertel aller Zugewanderten einen türkischen Migrationshintergrund hat, wird die Hauptstadt aufgrund ihrer Einwohnerzahl dem Ruf als "größte türkische Stadt" außerhalb der Türkei gerecht: Sechs Prozent aller Berliner sind selbst aus der Türkei zugewandert oder mindestens ein Elternteil ist es - insgesamt fast 190.000 Menschen.

Im Vergleich zu westdeutschen Großstädten hat Berlin mit insgesamt 22 Prozent Migranten allerdings einen eher moderaten Anteil zugewandelter Bevölkerung. Hannover (29 Prozent) oder München (31 Prozent) etwa sind weit stärker von Zuwanderern geprägt. Die an Migranten reichste Großstadt Deutschlands ist Frankfurt am Main mit 38 Prozent, gefolgt von Stuttgart mit 36 Prozent.

Die Ursache der unterschiedlichen Zusammensetzung der Migranten nach ihrer Herkunft liegt meist in der Zuwanderungsgeschichte: In einstige Schwerindustriestädte wanderten viele türkische Gastarbeiter und viele blieben auch, als die Jobs verschwanden. Dienstleistungsmetropolen wie Frankfurt, Düsseldorf oder München locken hingegen auch hoch qualifizierte Zuwanderer aus Ländern der Europäischen Union an. In der bayerischen Landeshauptstadt stellen die Menschen aus den weiteren Ländern der EU-25 (ohne Südeuropa) sogar den größten Migrantenanteil. Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien konzentrieren sich in Süddeutschland - wo Flüchtlinge, die auf dem Landweg kamen, zuerst deutschen Boden betraten. Im Gegensatz zu den Ruhrgebietsstädten setzt sich die zugewanderte Bevölkerung in Frankfurt und München, aber auch in Leipzig und Dresden recht gleichmäßig aus Menschen ganz verschiedener Herkunft zusammen. In Frankfurt ist auch der Bevölkerungsanteil afrikanischer Migranten, mit vier Prozent aller Einwohner, am größten - wahrscheinlich spielt dabei die Einwanderung über den größten deutschen Flughafen eine besondere Rolle.

Türkischstämmige finden sich eher in Duisburg, afrikanische Migranten in Frankfurt und Bonn



Während in Duisburg, Köln oder Berlin die türkischen Migranten dominieren, sind in München Zugewanderte aus den weiteren Ländern der EU-25 (ohne Südeuropa) am häufigsten. Frankfurt und Stuttgart haben mit 38 respektive 36 Prozent die höchsten Migrantenanteile unter den deutschen Großstädten. In Berlin haben lediglich 22 Prozent aller Personen ausländische Wurzeln. Der vergleichsweise geringe Anteil liegt an den nach wie vor niedrigen Migrantenzahlen im Osten der Stadt. Köln und Duisburg haben die höchsten Anteile türkischstämmiger Migranten.

Weitere Ergebnisse der neuen Studie "Ungenutzte Potenziale" finden Sie auf der Homepage des [Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung](http://www.berlin-institut.de).

Für Fragen und Interviews stehen Ihnen Franziska Woellert unter 0 30-31 01 74 50, Steffen Kröhnert unter 0 30-22 32 48 44 und Dr. Reiner Klingholz unter 0 30-31 01 75 60 zur Verfügung.

Keine Angst vor Neuem

Forscher erklären Integration zum wichtigsten Motor kultureller und sozialer Entwicklung

Viele Industrienationen erleben momentan zwei Prozesse, welche die gesellschaftliche Ordnung massiv verändern werden. Sie schrumpfen und altern aus demografischer Sicht, und sie erleben einen wachsenden Zuwanderungsdruck, vorrangig aus ärmeren Regionen. In all diesen Ländern gehört die Diskussion um Migration und Integration zur politischen Tagesordnung. Dabei steht zum einen der Bedarf an hoch qualifizierten Zuwanderern im Vordergrund. Zum anderen werden aber auch die Integrationsprobleme der schon vor Jahrzehnten eingewanderten Personen und ihrer Nachkommen immer dringender.

Insbesondere Deutschland hat seit der Jahrtausendwende anerkennen müssen, dass es längst zum Einwanderungsland geworden ist. Das Missachten dieser Tatsache hat zu massiven Versäumnissen in der Integrationspolitik geführt. In Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund sind unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft im Durchschnitt

schlechter gebildet und häufiger erwerbslos als einheimische Deutsche (siehe dazu auch die neue Studie des [Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung "Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland"](#)). Sie gehören damit häufiger zu den so genannten Unterschichten, hängen vermehrt von Sozialleistungen ab und kommen eher mit dem Gesetz in Konflikt als die Durchschnittsbevölkerung. Viele Einheimische haben deshalb Vorbehalte gegen Migranten. Häufig dominieren Überfremdungsängste und die Sorge vor sozialen Belastungen die Diskussion.

Dabei werden Migrationsbewegungen in der sozio-kulturellen Forschung schon lange als wichtige Motoren der kulturellen Evolution anerkannt. Allerdings wurden dabei meist die Migrationsbewegungen von ökonomisch oder militärisch starken Gesellschaften in schwächere untersucht, zum Beispiel anhand des europäischen Imperialismus. Peter J. Richardson und Robert Boyd, Kulturevolutionsforscher an der Universität von Kalifornien in Davis und Los Angeles haben nun einen neuen Ansatz entwickelt. Sie untersuchten anhand vieler empirischer Beispiele den Einfluss der Immigration von Menschen aus ärmeren, oft von Chaos regierten Ländern in reichere Nationen. Dabei stellen die Wissenschaftler fest, dass diese Migranten wichtige Anreize für die kulturelle Entwicklung der Aufnahmegesellschaften geben können. Allerdings nur, wenn sich die Zuwanderer nicht einfach nur an die Mehrheitsgesellschaft anpassen, sondern auch eigene Ideen und Institutionen einbringen. Durch eine solche Integration werden Ideen verbreitet, die sich positiv auf die Wirtschaftsleistung, auf die soziale Ordnung und die Chancengleichheit in der gesamten Gesellschaft auswirken. Und nur Gesellschaften, die sich durch diese Eigenschaften auszeichnen, wachsen in ihrer weltweiten Bedeutung, weil sich Menschen von ihnen angezogen fühlen.

In einer Welt, in der Menschen hauptsächlich aus armen, häufig politisch und sozial unsicheren Ländern in reichere, sichere Länder auswandern, bedeutet die Erkenntnisse der beiden Forscher eine Trendwende in der Integrationsdebatte. Für alle Gesellschaften, die nach qualifizierten Zuwanderern rufen, ist deshalb wichtig: Migranten kommen vor allem dorthin, wo man ihnen prinzipiell freundlich gesonnen ist und ihnen den Raum lässt, ihre Ideen und Konzepte in und mit der ansässigen Gesellschaft zu entfalten. Diese kreative Wirkung von Vielfalt - häufig unter dem Begriff "Diversity" diskutiert - muss auch den europäischen Gesellschaften besser bewusst werden: Denn die Zukunft bedeutet für alle diese Länder eine stärkere Mischung von einheimischen und zugewanderten Kulturen - und das kann grundsätzlich von Vorteil sein.

Literatur / Links

[Richardson, Peter J. und Boyd, Robert \(2008\): Migration: An engine for social change. In: Nature, Vol. 465, 18/25 December 2008, S. 877.](#)

Aus unterschiedlichen Gründen nur in der Warteschleife Migrantinnen sind in Deutschland bei der Bildung und auf dem deutschen Arbeitsmarkt besonders benachteiligt - trotz des Fachkräftemangels

Migrantinnen und Migranten verfügen über viele Fähigkeiten. Sie können diese jedoch oft nicht nutzen, weil ihre Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht anerkannt werden, weil rechtliche Hürden oder sprachliche Probleme bestehen. Häufig üben sie deshalb Tätigkeiten aus, für die nur eine geringe Qualifikation erforderlich ist, arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht. Das gilt vielfach selbst dann, wenn sie gut Deutsch sprechen, gut ausgebildet sind und über Berufserfahrung verfügen. Angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland ist das eine geradezu absurde Situation.

Eine neue Studie von MigraNet, einem Netzwerk für die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, untersucht die beruflichen Schwierigkeiten und die Potenziale, Migranten in den großstädtischen Regionen Bayerns und Brandenburgs haben. Die Autoren der Studie gehen der Frage nach, ob die berufliche Integration durch Diskriminierung wegen

der Nationalität, der ethnischen Zugehörigkeit, der religiösen Ausrichtung und des Geschlechts behindert wird. Sie liefern darüber hinaus Empfehlungen, wie die Politik insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund dabei unterstützen könnte, auf dem Arbeitsmarkt erfolgreicher zu sein.

Die von der EU geförderte Studie stützt sich auf statistische Daten und auf Interviews mit arbeitssuchenden Migranten. Leider ist die Datenlage nicht immer zufrieden stellend: "Menschen mit Migrationshintergrund" bilden eine äußerst heterogene Gruppe, zu der Ausländer, aber auch Aussiedler ebenso wie Eingebürgerte gehören. Und alle Migranten haben mit spezifischen Zuschreibungen zu kämpfen, je nachdem, welcher Gruppe sie angehören. Aber nicht für alle Türiinnen und Araberinnen gilt, dass sie nicht arbeiten wollen oder von ihren Ehemännern daran gehindert werden.

Welche Zuschreibungen welche Rolle für die Benachteiligung spielt, kann die Studie nicht genau bemessen. Aber dass herkunftsländertypische Vorstellungen, dass Fremd- und Selbstbilder von Frauen und Männern, von Muslimen die Einstellungen von Arbeitssuchenden beeinflussen, verdeutlicht die Lektüre. Die Autoren weisen darauf hin, welche Verantwortung hier der Politik zukommt - etwa in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn Schwächen in diesem Bereich haben immer noch zur Folge, dass eher die Mütter zu Hause bleiben.

Im internationalen Vergleich ist in Deutschland der Bildungsgrad besonders stark von der Schichtzugehörigkeit abhängig - und der berufliche Erfolg stark vom Geschlecht. OECD-Studien belegen dies regelmäßig. Oft haben es Migrantinnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt deshalb doppelt schwer. Es spielen aber noch zahlreiche weitere Faktoren eine Rolle: So haben beispielsweise Osteuropäer höhere Erwerbsquoten als türkische und arabische Staatsangehörige. Die Beteiligung am Arbeitsmarkt unterscheidet sich auch nach Bundesland, Migrationsgruppe und Geschlecht. Diese Ergebnisse verdeutlicht auch die neueste Studie des Berlin-Instituts "Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland".

Die Studie zeigt: Migrantinnen und Migranten lassen sich nicht über einen Kamm scheren, sondern ihre Probleme auf dem Arbeitsmarkt müssen differenziert betrachtet werden. Die Autoren empfehlen deshalb unter anderem, die Beratung zu verbessern, arbeitsmarktpolitische Programme besonders für Frauen aus der Türkei und anderen Nicht-EU-Ländern aufzulegen und die Kinderbetreuung neu zu strukturieren.

Die Autoren bemängeln auch eine unzureichende Datenlage. Sie zu verbessern, wäre notwendig, um die Zusammenhänge zwischen Herkunft, sozialer Lage, Bildung und Erwerbstätigkeit eindeutiger zu klären. Nur dann können weitere sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Integration von Migranten konzipiert und ergriffen werden. Um die Benachteiligungen abzuschaffen, sind nach Meinung der Autoren Veränderungen nicht nur seitens Mehrheitsgesellschaft, sondern auch auf Seiten der Migranten nötig.

[Färber, Christine/Arslan, Nurcan/Köhnen, Manfred/Parlar, Renée: Migration, Geschlecht und Arbeit. Probleme und Potentiale von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt. BudrichUniPress Ltd., Opladen & Farmington Hills 2008. 270 Seiten, 24,90 Euro.](#)

In eigener Sache **Online-Forum zur Integration**

Haben Sie Fragen zur Integration in Deutschland?

Schicken Sie Ihre Fragen im Laufe der kommenden beiden Woche per E-Mail an diskussion@berlin-institut.org. Wir werden Ihre Fragen - anonymisiert - und unsere Antworten am 9. Februar auf unserer Homepage unter www.berlin-institut.org veröffentlichen.

In eigener Sache
Neue Artikel im Online-Handbuch Demografie

[Den USA gehen die qualifizierten Arbeitskräfte aus von Jacob F. Kirkegaard](#)

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Online spenden per Lastschriftverfahren

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz
E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org
Telefon: 0 30-22 32 48 45